

Sicherheitspolitische Herausforderungen der Regierung Obama in Asien

Nadine Godehardt, Melanie Hanif und Ryoma Sakaeda

Am 20. Januar 2009 wurde Barack Obama als 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika in sein Amt eingeführt.

Analyse:

Mit der Amtseinführung von Barack Obama richtet sich die Aufmerksamkeit in Erwartung eines Wandels in der US-Außen- und Sicherheitspolitik auf die gegenwärtigen Konfliktschauplätze im Nahen Osten. Aber auch im Hinblick auf das vielschichtige transpazifisch-asiatische Beziehungsgefüge sieht sich die neue Regierung in Washington mit sicherheitspolitischen Herausforderungen und veränderten Konstellationen konfrontiert. Dabei weicht ihre Konzentration auf den Pazifik zunehmend einer „multifokalen“ Asienpolitik.

- Sollten sich die Bemühungen der US-Streitkräfte stärker auf Afghanistan konzentrieren, wird es notwendig werden, die regionalpolitischen Interessen der wichtigsten „Player“ sowohl in Südasien als auch in Zentralasien zu berücksichtigen.
- Expräsident Bush hinterlässt der neuen Regierung eine eng gefasste Verhandlungsagenda zur nuklearen Abrüstung Nordkoreas. Diese wird sich aber unter Obama vermutlich erweitern und eine enge, aber aufgrund der gegenwärtigen Situation sich schwierig gestaltende bündnispolitische Abstimmung mit Japan und Südkorea erfordern.
- Durch die Wahl von Ma Ying-jeou zum Präsidenten Taiwans findet die Regierung Obama eine günstige Ausgangssituation vor, um die Beziehungen zu China zu vertiefen.

Schlagwörter: Asienpolitik der USA, Ostasien, Südasien, Zentralasien

1. Einleitung

Die Wahl Barack Obamas zum neuen Präsidenten der USA hat in vielen Teilen der Welt Begeisterung ausgelöst. In einigen asiatischen Ländern waren aber auch skeptische Stimmen in Reaktion auf Obamas Wahlkampfsieg zu vernehmen gewesen, da die US-Außenpolitik unter einem Präsidenten der Demokratischen Partei in Verbindung gebracht wird mit einer stärkeren Betonung von Menschenrechtsfragen (so z. B. in China) oder mit einer zum Protektionismus neigenden Haltung in Wirtschaftsfragen (wie in Japan) (vgl. ausführlich Doi 2008; Dalpino 2008). Umso wichtiger wird es für Washington sein, andere Regierungen von Beginn an über die eigene außenpolitische Vorgehensweise ausreichend zu informieren.

Neben den Herausforderungen, denen die neue Regierung im Nahen und Mittleren Osten¹ begegnen wird, zeichnet sich die Überwindung der beiden Kriege, in die Bush die USA geführt hat, als klarer außenpolitischer Schwerpunkt der neuen Präsidentschaft ab. Bereits im Wahlkampf kündigte Obama einen Strategiewechsel an, der darin besteht, das „falsche Schlachtfeld im Irak zu verlassen und den Kampf mit den Terroristen in Afghanistan und Pakistan weiterzuführen“². Ein stärkeres und vor allem langfristiges Engagement der US-Streitkräfte in Afghanistan wird Auswirkungen auf Süd-, und Zentralasien – nicht zu vergessen auch auf Iran – haben.

In Asien treffen die USA überdies auf drei aufstrebende Großmächte – Russland, China und Indien – die aufgrund ihrer militärischen wie wirtschaftlichen Stärke wachsenden Einfluss auf ihr regionales Umfeld nehmen. Diese können mittelbar die Stellung der USA in Asien herausfordern und somit wiederum das Verhältnis zu den beiden „traditionellen“ Bündnispartnern, Japan und Südkorea, beeinträchtigen.

Im Folgenden werden die Macht- und Konfliktkonstellationen in Ost-, Süd- und Zentralasien und die daraus ableitbaren außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Regierung Obama in diesen Regionen vorgestellt.

2. Ostasien

In Ostasien müssen sich die USA (u. a.) mit China, Japan, Nord- und Südkorea sowie Taiwan auseinandersetzen. Dabei hat sich zwischen den regionalen Ak-

teuren eine auf bilaterale Vereinbarungen gründende Kooperationsstruktur etabliert. Eine Form regionaler Kooperation vor allem in sicherheitspolitischen Fragen hat sich bislang bestenfalls ansatzweise herausgebildet. So liegt es vor allem am Engagement und an der – wenn auch abnehmenden – militärischen Präsenz der USA, dass ein relativ stabiles militärisches Gleichgewicht in der Region aufrechterhalten werden kann.

Daher steht auch die neue US-Regierung vor der Aufgabe, die Stabilität und Sicherheit in Ostasien weiterhin zu gewährleisten. Dies wird erschwert durch folgende Konfliktstrukturen in der Region:

- Der wirtschaftliche und militärische Aufstieg Chinas fordert die Rolle der USA als Sicherheitsgarant in der gesamten Region Ostasien heraus. Dabei wird aus US-amerikanischer Warte das chinesische Engagement in Ostasien (aber auch in anderen Regionen) gleichgesetzt mit einem Streben nach globaler Vorherrschaft. Seit einigen Jahren ist die chinesische Regierung deshalb bemüht, dem Bild einer chinesischen Bedrohung entgegenzuwirken und China als eine verantwortungsvolle Macht darzustellen. In Ostasien trägt diese Politik bereits Früchte. Von den ostasiatischen Nachbarstaaten wird China nicht mehr ausschließlich als Hegemon betrachtet, sondern zunehmend als guter Nachbar, konstruktiver Partner oder guter Zuhörer wahrgenommen (Shambaugh 2004/05). Diesem Imagegewinn Chinas steht zudem ein deutlicher Imageverlust der USA in der Region gegenüber.
- Das regionale Engagement Chinas stößt jedoch in der Taiwanstraße an eine deutliche Grenze. Die Ein-China-Politik gegenüber Taiwan – aus chinesischer Perspektive eine „abtrünnige Provinz“, die Teil des chinesischen Territoriums ist – verdeutlicht, dass China ein dauerhaftes Interesse an einer Strukturveränderung in Ostasien verfolgt. Die USA haben diese Politik seit 1972 offiziell anerkannt. Traditionell nehmen die USA in der Taiwanfrage aber eine ambivalente Position ein: Einerseits sind sie stets um stabile Beziehungen mit China bemüht, andererseits wird die Ein-China-Politik mit den regelmäßigen Waffenlieferungen an Taiwan offen durchkreuzt.
- Nordkorea verfügt über ein Kernenergieprogramm als Mittel, um Druck auszuüben, und wurde bisweilen in Verbindung mit internationalen Proliferationsaktivitäten gebracht. Auch wenn George W. Bush Nordkorea von der Liste der Staaten, die den internationalen Terrorismus unterstützen, gestrichen hat, war dies nur der erste (symbolische) Schritt, um den Abrüstungsprozess auf der kore-

¹ Siehe Beck, Martin (2009): Nahostpolitiker wider Willen? Der Gaza-Krieg als außenpolitische Herausforderung für Barack Obama, GIGA Focus Nahost, Nr. 2 (im Erscheinen).

² Siehe http://obama.3cdn.net/417b7e6036dd852384_luzxmv109.pdf.

anischen Halbinsel voranzutreiben. Des Weiteren wird die Nordkoreapolitik Washingtons aufseiten der „traditionellen“ Bündnispartner der USA, Japan und Südkorea, mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Beide Staaten sind als wichtige Partner der USA in der Region Ostasien zu betrachten.

2.1. Nordkorea

Bis 2006 verhandelte die Regierung Bush mit der nordkoreanischen Führung lediglich im Rahmen der Sechsparteiengespräche³, nicht jedoch direkt und bilateral. Die Regierung Bush verweigerte auf diese Weise eine von Pjöngjang geforderte Vorbedingung: die Aufnahme von Verhandlungen, um die diplomatischen Beziehung zwischen der Demokratischen Volksrepublik Korea und den USA zu normalisieren. Um die Gemeinsame Erklärung der Sechsparteiengespräche (September 2005) und die Beijinger Vereinbarung (Februar 2007) entscheidend voranzubringen, war die US-Regierung jedoch bereit, mit der Verweigerung direkter Gespräche flexibler umzugehen.

Im Juni 2007 hielt sich eine Delegation des US-Außenministeriums in Pjöngjang auf und verhandelte mit der nordkoreanischen Führung über erste Schritte, um die Beijinger Vereinbarung umzusetzen. Im Oktober 2007 wurde dann ein Aktionsplan zur „zweiten Phase“ des Abrüstungsprozesses aufgestellt. In dessen Folge rückten zwei Verpflichtungen in den Vordergrund:

1. Pjöngjang willigte ein, eine umfassende Deklaration seiner gesamten Nuklearprogramme auszuhandigen.
2. Im Gegenzug war Washington bereit, Nordkorea aus der Liste der Staaten, die den Terrorismus unterstützen, zu streichen.

Im Juni 2008 überreichte Pjöngjang der chinesischen Regierung ein Dokument, das angeblich alle nordkoreanischen Nuklearaktivitäten offenlegt. Des Weiteren kündigte Nordkorea die Stilllegung des Kernkraftwerks in Yongbyon an und ließ wieder die Einreise internationaler Inspektoren zu (Weitz 2008: 96-102).

Dennoch hat der Abrüstungsprozess im Rahmen der Sechsparteiengespräche seine konkrete Phase offensichtlich noch nicht erreicht. Die jüngsten diplomatischen Erfolge sind vor allem darauf zurückzu-

führen, dass die US-Regierung zeitweilig dazu bereit war, ihre drei Grundsatzforderungen in der Nuklearfrage⁴ flexibel zu handhaben. So konzentrierte man sich vorläufig auf einen überschaubaren Bereich der Verhandlungsagenda (Plutoniumprogramm, Kernkraftwerk in Yongbyon) und klammerte weitestgehend Fragen danach aus, ob die nordkoreanische Seite ein geheimgehaltenes Programm zur Hochanreicherung von Uran unterhält, bereits ein kleines Atomwaffenarsenal besitzt und/oder waffenfähiges Material international weiterverbreitet (Cossa 2008).

Die letzten Sechsparteiengespräche im Dezember 2008 endeten ergebnislos. Denn die nordkoreanische Delegation stimmte einer Vereinbarung zur Festsetzung eines standardisierten Verifizierungsschemas für die Kontrolle von Plutoniumbrennstäben nicht zu. Die Umsetzung der nächsten Schritte gemäß der Beijinger Vereinbarung (Energieförderungen an Nordkorea) bleibt somit unklar.

Im Vorfeld der Amtseinführung von Obama wurden öffentlich Fragen über Nordkoreas möglichen Besitz von Atombomben aufgeworfen. Dies weist darauf hin, dass die Nordkoreapolitik der USA die ausgeklammerten Punkte zukünftig wieder auf die Agenda setzen muss. Die Regierung Obama wird mit der Bereitschaft zu direkten Gesprächen mit Pjöngjang allein keinen diplomatischen Erfolg mehr verbuchen können. Während des demokratischen Nominierungswahlkampfes hatte Obama wiederholt eine solche Maßnahme – in Abgrenzung sowohl zur amtierenden Regierung als auch zur Mitbewerberin Hillary Clinton – in den Vordergrund gerückt (The Korea Herald 2008). Für Obama besteht die Herausforderung darin, die zwischenzeitlich ausgeklammerten Punkte wieder in die Gesprächsagenda aufzunehmen und ein Gleichgewicht zwischen einer für das politische Establishment in Washington akzeptablen und gegenüber Pjöngjang umsetzbaren Vorgehensweise zu finden.

Dass dies dazu führen kann, dass die Forderungen an die nordkoreanische Seite ausgeweitet werden, wäre in Seoul bis vor kurzem wohl auf offene Kritik gestoßen. Die Nordkoreapolitik Südkoreas zeichnet sich jedoch seit dem Amtsantritt von Präsident Lee Myung-bak im Februar 2008 durch eine kompromisslosere Haltung gegenüber Pjöngjang aus. Die nordkoreanische Regierung kritisierte diesen Wechsel vehement. Als Folge davon kam der koreanisch-koreanische Annäherungsdialog zum Erliegen und

³ Die Sechsparteiengespräche finden seit August 2003 in Beijing statt. Neben China, Nordkorea und den USA nehmen Japan, Russland und Südkorea teil.

⁴ Die US-Regierung verlangt die „vollständige, verifizierbare und irreversible Untauglichmachung“ der nordkoreanischen Anlagen, die für den Bau von Nuklearwaffen genutzt werden könnten.

die (ohnehin eingeschränkten) wirtschaftlichen Austauschbeziehungen wurden deutlich zurückgefahren. Ebenso blieben direkte südkoreanische Hilfslieferungen in den Norden aus, die phasenweise nahezu unabhängig vom Verhalten Pjöngjangs gewährt worden waren (vgl. ausführlich Foster-Carter 2009). Diese resolutere Haltung unter Lee überlässt der US-amerikanischen Verhandlungsführung in der nordkoreanischen Nuklearfrage einen größeren diplomatischen Spielraum und könnte die trilaterale Abstimmung zwischen den USA und ihren beiden militärischen Bündnispartnern, Japan und Südkorea, verbessern.

Japan begegnete der neuen Flexibilität in der US-amerikanischen Nordkoreadiplomatie jedoch mit Bedenken. Dies liegt vor allem daran, dass die japanische Nordkoreapolitik der letzten Jahre als die „härteste“ der Teilnehmerstaaten der Sechsparteiengespräche gilt. Tokio fordert von Pjöngjang die vollständige Aufklärung des Schicksals japanischer Staatsbürger, die vor gut drei Jahrzehnten nach Nordkorea entführt wurden. Im Verlauf der Sechsparteiengespräche ließ die japanische Regierung wiederholt verlautbaren, dass selbst bei nordkoreanischen Zugeständnissen in der Nuklearfrage nicht mit einer Beteiligung Japans an Energielieferungen in den Norden zu rechnen sei (vgl. ausführlich Green/Szechenyi 2009). Neben der Befürchtung, dass unter Obama die Beziehung zu China auf Kosten Japans aufgewertet werden könnte, erzeugt die Aussicht auf diplomatische Fortschritte zwischen den USA und Nordkorea ebenso die Sorge, dass die Abrüstungsfrage ohne Berücksichtigung der partikular japanischen Präferenzen geklärt werden könnte. Die Regierung Obama sieht sich daher vor eine schwierige bündnispolitische Aufgabe gestellt. Die Regierung in Seoul hat trotz der „härteren“ Gangart das Kernstück ihrer langfristigen und umfassenden Annäherungspolitik gegenüber Nordkorea keineswegs aufgegeben. Unter der Präsidentschaft Lees ist jedoch eine höhere Bereitschaft vorhanden, den Schwerpunkt Nuklearprogramm in der Nordkoreapolitik der USA zu akzeptieren, d. h., konkrete Fortschritte im Abrüstungsprozess sollen als Vorbedingung für die Aushandlung weitergehender Maßnahmen (wirtschaftliche Stützung und Vertiefung der Austauschbeziehungen) betrachtet werden. Aufgrund der hohen Bedeutung der Entführungsfälle für die Innenpolitik Japans ist die Tokioter Regierung gegenwärtig nicht in der Lage, offen eine US-amerikanisch-nordkoreanische Lösungsmodalität in der Nuklearfrage gutzuheißen, solange in Bezug auf die Entführungsfälle sichtbare Konzessionen vonseiten Pjöngjangs ausbleiben.

2.2. Taiwan

Präsident Bush betonte zu Beginn seiner Amtsperiode 2001 die neue „strategische Klarheit“ in der Taiwanfrage. Bushs Taiwanpolitik stand zunächst im Geiste des *Taiwan Relation Act*. So antwortete Bush auf die Frage, was die USA bei einem chinesischen Angriff auf Taiwan unternehmen würden, dass die USA alles tun würden, was Taiwan dabei helfe, sich selbst verteidigen zu können (Kan 2007). Trotz substanzieller Waffenlieferungen nach Taiwan, die sichtbar das Ein-China-Prinzip durchkreuzen, weigerte sich Bush, die Unabhängigkeitsbewegung, die sich vor allem mit dem ehemaligen taiwanischen Präsidenten Chen Shui-bian verbindet, zu unterstützen. Der Versuch Chen Shui-bians, die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2008 mit zwei Referenden über die Mitgliedschaft Taiwans in den Vereinten Nationen zu verbinden, führte folglich zu einer deutlichen Distanzierung der Regierung in Washington (Schucher 2008).

Die Ambivalenz der US-amerikanischen Außenpolitik in dieser Dreiecksbeziehung wird hier deutlich: Die Stabilität der Beziehungen USA-China steht im Vordergrund. Gleichzeitig wird das Ein-China-Prinzip mit den regelmäßigen Waffenlieferungen an Taiwan so weit wie möglich untergraben. Überdies werden weder eine militärische Eroberung Taiwans durch China noch eine einseitige Unabhängigkeitserklärung Taiwans akzeptiert.

Innerhalb dieses Spektrums wird sich auch Obamas Politik gegenüber Taiwan bewegen. Die Voraussetzungen für die US-Regierung, neue Akzente in der US-amerikanischen Taiwanpolitik zu setzen, waren allerdings schon lange nicht mehr so günstig. Die Wahl von Ma Ying-jeou, Präsident einer Kuomintang-(KMT)-Regierung, bedeutete für die taiwanische Unabhängigkeitsbewegung einen Rückschlag und ermöglichte eine Politik der Annäherung gegenüber China. Unterstrichen wird dies bereits durch direkte Flugverbindungen zwischen Taiwan und dem Festland. Ma verfolgt eine Politik der „diplomatischen Waffenruhe“. Das politische Handeln Mas orientiert sich dabei an seiner Politik der „Drei Nein“: keine Wiedervereinigung, keine Unabhängigkeit, keine Anwendung von Gewalt (Yu 2009). Diese pragmatische Annäherung in der Taiwanstraße wird zwar nichts an der grundlegenden Haltung der US-Politik ändern können. Aber die Regierung Obama kann von einer Verbesserung der Beziehungen in der Taiwanstraße direkt profitieren, da eine Kooperation zwischen China und den USA nicht mehr auf Kosten Taiwans stattfinden muss (Glaser 2009). Überdies besteht für Obama die Möglichkeit, die Ein-China-

Frage rhetorisch zu entschärfen und so zu einer friedlichen Lösung in der Taiwanfrage beizutragen.

3. Südasiens

Im Zentrum US-amerikanischer Südasienspolitik steht seit Jahrzehnten der indisch-pakistanische Konflikt. Bis 1991 wurde Südasiens in Washington vor allem als Nebenschauplatz des Kalten Krieges betrachtet. Während die amerikanisch-pakistanischen Sicherheitsbeziehungen entsprechend der Konjunktur des Kalten Krieges dramatische Wendungen erlebten, stagnierte das amerikanisch-indische Verhältnis lange Zeit auf niedrigem Niveau.

Seit den indischen und pakistanischen Atomtests 1998, und stärker noch seit den Anschlägen vom 11. September 2001, werden die südasiatischen Konflikte von den USA als eigenständige Bedrohung der internationalen Sicherheit gewertet.

Die Militärintervention in Afghanistan und der Versuch, diesen Staat zu stabilisieren, haben gezeigt, dass die Afghanistanfrage nicht ohne Mitwirken Pakistans gelöst werden kann. Denn solange die Stammesregionen entlang der pakistanisch-afghanischen Grenze in Aufruhr sind und einen Rückzugsraum für religiöse Extremisten bilden, bleibt die Lage des afghanischen Staates prekär. Die Befriedung und politische Kontrolle der Grenzregion ist aufgrund der geographischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten schwierig. Nahezu unerreichbar wird das Vorhaben dadurch, dass Pakistan sich seit dem Sturz der Taliban zwischen zwei feindlich gesinnten Nachbarstaaten – Indien und Afghanistan – eingezwängt sieht, mit denen es jeweils in Grenzstreitigkeiten verwickelt ist (Rubin/Rashid 2008: 36 ff.; Kjærnet/Torjesen: 8 f.).

Bereits die Regierung Bush hat in den letzten Jahren versucht, das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen Kabul, Islamabad und Neu-Delhi stärker in seiner Afghanistanstrategie zu berücksichtigen. Ein tatsächliches Konzept eines regionalen Lösungsansatzes kam jedoch nicht zustande. Die Parole „Either you are with us, or you are with the terrorists“ verhinderte eine differenzierte Beurteilung des Potenzials, das die regionalen Akteure mitbringen, um den Afghanistankonflikt zu lösen. So wurde das Musharraf-Regime aufgrund seines Beitritts zur „Coalition against terrorism“ trotz widersprüchlicher Handlungen der pakistanischen Führung zum wichtigsten Verbündeten der USA. Iran dagegen blieb als Schurkenstaat gebrandmarkt, obwohl Teheran gerade zu Beginn der Intervention in Afghanistan mit

den USA zusammengearbeitet hatte. Indiens Rolle in Afghanistan wird meistens nur beiläufig erwähnt. Dies hängt jedoch weniger mit der tatsächlichen Relevanz des indischen Engagements als vielmehr mit der US-amerikanischen Rücksicht auf pakistanische Empfindlichkeiten zusammen (Rubin/Rashid, 2008: 32 ff.; Moore 2007: 283).

Das politische Erbe der Regierung Bush in der Region ist zwiespältig. Einerseits erscheint die Sicherheitslage heute nicht nur in Afghanistan, sondern auch in Pakistan und Indien fragiler als vor acht Jahren. Ziele, die man sich gesteckt hatte, wie die Zerschlagung Al Qaedas und die Eindämmung des Drogenhandels wurden nicht erreicht. Ebenso schwerwiegend sind die Versäumnisse beim „state-“ oder „nation-building“. All dies lässt daran zweifeln, dass der beschrittene Weg zu anhaltendem Frieden und zur Etablierung sich selbst tragender demokratischer und rechtstaatlicher Institutionen in der Region führt. Demgegenüber hat es die Regierung Bush wie kaum eine ihrer Vorgängerinnen verstanden, sich sowohl Islamabad als auch Neu-Delhi gewogen zu halten. In dieser Position ist es ihr besser gelungen, in Krisen wie nach den Anschlägen auf das indische Parlament im Dezember 2001 als Vermittlerin zwischen Indien und Pakistan aufzutreten. Beobachter sehen im ausgewogenen Verhältnis der USA zu Indien und Pakistan auch einen Grund dafür, dass sich die Beziehungen zwischen den verfeindeten Nuklearmächten seit 2003 insgesamt entspannt haben. Darüber hinaus wird die Transformation des amerikanisch-indischen Verhältnisses, insbesondere der Nuklearpakt zwischen Washington und Neu-Delhi, als eine der positivsten Hinterlassenschaften der Ära Bush überhaupt gewertet. Vor allem politische Realisten sehen hierin einen Trumpf, den sich Washington für künftige geopolitische Spiele gesichert habe (Tellis 2008).

Der von Obama angekündigte regionale Ansatz für Afghanistan sieht vor, alle Nachbarstaaten verstärkt einzubinden. Dies könnte bald zur Bewährungsprobe sowohl des amerikanisch-indischen als auch des amerikanisch-pakistanischen Verhältnisses werden. Denn während Washington selbst in erster Linie den Dialog mit Teheran suchen muss, wird es sowohl in Kabul als auch in Neu-Delhi auf ernsthafte Verhandlungen mit Islamabad drängen, die für alle Beteiligten mit schmerzhaften Konzessionen verbunden sein können. Zweifellos nimmt Pakistan eine Schlüsselrolle bei der Lösung des Afghanistankonfliktes ein. Dem kann aber nicht allein dadurch Rechnung getragen werden, dass das pakistanische Militär Milliardenbeträge erhält. Unabgestimmte US-Militäroperationen

auf pakistanischem Territorium sind ebenso wenig eine geeignete Antwort auf die jahrelang tolerierte Strategie Pakistans, „nützliche“ Islamisten (vor allem lokale Taliban) zu schonen. Stattdessen sollten die politischen Ursachen der regionalen Bedrohungsperzeptionen Pakistans bekämpft, das heißt vor allem, die Grenzstreitigkeiten Pakistans mit Indien und Afghanistan beigelegt werden (Kjærnet/Torjesen, 2008: 10; Rubin/Rashid, 2008: 35 ff.).

Eine Anerkennung der Durand-Linie⁵ als internationale Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan wäre hierfür nützlich, angesichts der Schwäche der Regierung Karzai innenpolitisch allerdings auch riskant. Ähnliches gilt für Pakistan mit Blick auf die „Line of Control“⁶ in Kaschmir. Indien wäre als mächtigster und politisch stabilster Staat der Region am ehesten in der Lage, durch Zugeständnisse in Territorialfragen einen positiven Prozess in Gang zu setzen. Nach Jahren relativer Gleichgültigkeit rangiert damit der Kaschmirkonflikt auf der Prioritätenliste des US-amerikanischen Präsidenten wieder weit oben. Indiens Haltung gegenüber externen Einmischungsversuchen in Kaschmir ist jedoch prinzipiell ablehnend. Zudem sieht man in Indien den Amtsantritt einer demokratischen Regierung in Washington skeptisch, da Demokraten traditionell mehr Kritik an der indischen Menschenrechts- und Nuklearpolitik geübt haben als Republikaner. Präsident Obama steht in Südasien daher vor der fast unlösbaren Aufgabe, begangene Fehler zu korrigieren, politisch höchst sensible Fragen anzugehen und dabei zahlreiche Vorbehalte der regionalen Akteure sowohl gegenüber den USA als auch untereinander auszuräumen (Menon, 2009; Rubin/Rashid, 2008: 44).

3. Zentralasien

Zentralasien umfasst im Kern die fünf postsowjetischen Republiken Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.⁷ In dieser Regi-

⁵ Mit der Durand-Linie wurde 1893 die nordwestliche Grenze Britisch-Indiens demarkiert. 1947 wurde die Linie zur Grenze zwischen dem nun unabhängigen Staat Pakistan und Afghanistan. Da diese Grenze durch paschtunische Stammesgebiete verläuft, wurde sie von afghanischer Seite nicht anerkannt.

⁶ Die Waffenstillstandslinie zwischen Indien und Pakistan im umkämpften Gebiet Jammu und Kaschmir wurde 1972 im Abkommen von Simla offiziell demarkiert und in „Line of Control“ umbenannt. Seitdem dient sie als De-facto-Grenze zwischen Indien und Pakistan, wurde jedoch von keiner der beiden Seiten als internationale Grenze anerkannt, da sowohl Indien als auch Pakistan nach wie vor ganz Kaschmir für sich beanspruchen.

⁷ Im weiteren Sinne werden auch Afghanistan, Teile Chinas (Provinz Xinjiang) und die Mongolei hinzugezählt. Siehe Stadelbauer 2007, S. 10 f.

on treffen konkurrierende geostrategische Interessen einer Reihe externer Akteure (z. B. Russland und China) aufeinander. An diesem „Konzert der Großmächte“ sind die zentralasiatischen Republiken kaum beteiligt. Es fehlt überdies an genuin zentralasiatischen Bündnissen, Regimen oder Institutionen im Umgang mit regionalen Problemen (Godehardt 2008).

Die militärische Präsenz der USA in Afghanistan und Zentralasien seit 2001 wird vor allem von Russland und China ambivalent bewertet. Einerseits haben beide Staaten ein Interesse an der Stabilität Afghanistans und Zentralasiens, andererseits begegnen sie einem langfristigen Engagement der USA in „ihrem politischen Hinterhof“ mit Skepsis. Obamas angekündigte Verlagerung des außenpolitischen Schwerpunktes vom Irak auf Afghanistan wird auch Bewegung in das Mächtekoncert in Zentralasien bringen.

Dabei wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob es der US-Regierung diesmal gelingt, religiösen Extremisten tatsächlich den Nährboden zu entziehen und sie nicht lediglich durch eine massive Präsenz in Afghanistan erneut in die Nachbarstaaten zu drängen. Ein langfristiges Engagement der USA in Afghanistan und Zentralasien muss die Interessen der anderen Akteure in der Region berücksichtigen. Nur so kann ein globaler Konflikt – vor allem mit Russland und/oder China – verhindert werden. In der Bevölkerung der zentralasiatischen Staaten besteht indes die Hoffnung, dass mit der Wahl Obamas nicht mehr nur politischer Pragmatismus wie unter Bush vorherrscht, sondern die US-Regierung wieder ein Interesse an der Demokratisierung der Region zeigt (Sharipzhan 2008).

4. Fazit

Der seit dem Ende des Kalten Krieges beobachtete „Aufstieg Asiens“ hat eine Neuausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik zur Folge. Während dies zunächst mit einer Aufwertung des asiatisch-pazifischen Raums zulasten der transatlantischen Sonderbeziehungen einherging, ist nun auch innerhalb Asiens eine Schwerpunktverschiebung der US-amerikanischen Aufmerksamkeit zu verzeichnen. Die Konzentration des US-Interesses auf den Pazifik weicht zunehmend einer „multifokalen“ Asienpolitik: Zum einen sind entscheidende Interessen der USA nicht mehr nur in der Nordkorea- und Taiwanproblematik zu verteidigen, sondern auch im Afghanistankonflikt. Zum anderen werden diese Konflikte auf einem erweiterten Spielfeld ausgetragen, das neben Ost- auch Süd- und Zentralasien einschließt. In

jeder dieser Regionen, die auf der politischen Landkarte Washingtons lange Zeit periphere Zonen oder „terra incognita“ darstellten, treffen die USA heute auf Macht- und Interessenkonstellationen sowie zunehmendes Selbstbewusstsein der „asiatischen Giganten“ China, Russland und Indien. Für die US-amerikanische Asienpolitik bedeutet dies, neu auszuloten, welcher Akteur in welcher Region welche Rolle – Partner, Konkurrent oder Widersacher – einnimmt. Selbst die vergleichsweise „reifen“ Partnerschaftsbeziehungen der USA zu Japan und Südkorea sind nicht vor diplomatischen Dissonanzen gefeit und stellen für jede Regierung in Washington eine bündnispolitische Herausforderung dar. Diese „neue Unübersichtlichkeit“ Asiens verlangt von den USA ein Höchstmaß an Einschätzungsvermögen, Fingerspitzengefühl und Flexibilität. Wenn die Chance auf einen Neuanfang mit Obama genutzt werden soll, muss es seine Regierung verstehen, Partner einzubinden und regionalen Akteuren das richtige Maß an Eigenverantwortung zuzugestehen. Dabei dürfen zentrale Probleme nicht länger aus falsch verstandenem Pragmatismus „übersehen“ werden. Auf diese Weise kann es mittelfristig gelingen, das Vertrauen in die Führungsfähigkeit der USA wiederherzustellen.

Literatur

- Cossa, Ralph A. (2008): North Korea: Settling for Half a Loaf, in: PacNet 53 (October 16), Pacific Forum CSIS, www.csis.org/media/isis/pubs/pac0853.pdf (Aufruf am 02.11.2008).
- Dalpino, Catharin (2008): Human Rights, Asia and the New Administration: Can Multilateralism Work This Time?, The Brookings Institution, December, www.csis.org/component/option,com_csis_pubs/task,view/id,5135/type,3/ (Aufruf am 29.01.2009).
- Doi, Ayako (2008): Why Is Japan So Worried About Obama?, in: PacNet 61 (November 17), Pacific Forum CSIS, www.csis.org/media/isis/pubs/pac0861.pdf (Aufruf am 29.01.2009).
- Foster-Carter, Aidan (2009): North Korea-South Korea Relations: Things Can Only Get Better?, in: Comparative Connections 10 (4), www.csis.org/media/isis/pubs/0804qnk_sk.pdf (Aufruf am 16.01.2009).
- Glaser, Bonnie S. (2009): A check sheet for Obama's Taiwan test", in: www.atimes.com/atimes/China/KA08Ad02.html (Aufruf am 10.01.2009).
- Green, Michael J. / Szechenyi, Nicolas (2009): U.S.-Japan Relations: Traversing a Rough Patch, in: Comparative Connections 10 (4), www.csis.org/media/isis/pubs/0804qus_japan.pdf (Aufruf am 16.01.2009).
- Kan, Shirley A. (2007): China/Taiwan: Evolution of the „One China“ Policy — Key Statements from Washington, Beijing, and Taipei (CRS Issue Brief for Congress), Washington D.C.
- Kjærnet, Heidi / Torjesen, Stina (2008): Afghanistan and regional instability: A risk assessment, Norwegian Institute of International Affairs Report.
- Korea Herald, The (2008): Clinton's Diplomacy, printed in: BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific Political File (South Korean editorial: „Heightened expectations“ on Clinton's Korea policy), 4 December.
- Menon, Rajan (2009): Obama's Afghanchallenge, in: Los Angeles Times, www.latimes.com/news/opinion/commentary/la-oe-menon9-2009jan09,0,7219477.story (Aufruf am 26.01.2009).
- Moore, Scott (2007): Peril and promise: a survey of India's strategic relationship with Central Asia, in: Central Asian Survey 26 (2), S. 279-291.
- Rubin, Barnett R. / Rashid, Ahmad (2008): From Great Game to Grand Bargain, Ending Chaos in Afghanistan, in: Foreign Affairs 87 (6), S. 30-44.
- Schucher, Günter (2008): Das Eis schmilzt – Die taiwanisch-chinesischen Beziehungen nach dem Präsidentenwechsel in Taiwan, GIGA Focus Asien, Nr. 5, Hamburg.
- Shambaugh, David (2004/05): China engages Asia. Reshaping the Regional Order, in: International Security 29 (3), S. 64-99.
- Sharipzhan, Merhat (2008): Obama Victory Sparks Hopes for Change in U.S. Policy in Central Asia, www.rferl.org/articleprintview/1339448.html (Aufruf am 20.01.2009).
- Stadelbauer, Jörg (2007): Zwischen Hochgebirge und Wüste. Der Naturraum Zentralasien, in: Manfred Sapper / Volker Weichsel / Andrea Huterer (Hrsg.): Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, S.9-27.
- Tellis, Ashley (2008): The Merits of Dehyphenation: Explaining U.S. Success in Engaging India and Pakistan, in: The Washington Quarterly 31(4), S. 21-42.
- Weitz, Richard (2008): US Security Challenges in Northeast Asia After Bush, in: International Journal of Korean Unification Studies 17 (1), S. 92-117.
- Yu Tsung-Chi (2009): A closer look at Hu's six proposals, www.taipeitimes.com/News/editorials/archives/2009/01/15/2003433804 (Aufruf am 21.01.2009).

■ Die Autoren

Nadine Godehardt M.A. und Melanie Hanif M.A. sind Doktorandinnen am GIGA und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen im *Regional Powers Network* (RPN). Ryoma Sakaeda M.A. ist Doktorand am GIGA und wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien.

E-Mail: godehardt@giga-hamburg.de, hanif@giga-hamburg.de, sakaeda@giga-hamburg.de.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Das *Regional Powers Network* (RPN) erforscht den Aufstieg regionaler Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten; es befasst sich schwerpunktmäßig mit Interessen, Ressourcen und Strategien von Regionalmächten. Das RPN wird im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation finanziert (2008-2010). Weitere Informationen unter: www.giga-hamburg.de/rpn.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Beck, Martin (2009): Nahostpolitiker wider Willen? Der Gazakrieg als außenpolitische Herausforderung für Barack Obama, *GIGA Focus Nahost*, Nr. 2 (im Erscheinen).

Betz, Joachim (2008): Schwerpunktverschiebung nach Asien? China und Indien als aufstrebende Großmächte, in: *Peripherie*, Nr. 111, S. 280-300.

Godehardt, Nadine (2008): Gegensätze in Zentralasien: China und Russland ziehen nicht an einem Strang, *GIGA Focus Asien*, Nr. 11.

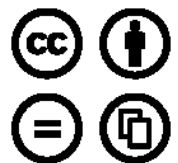
Hanif, Melanie (2008): Amerikanische Indienpolitik 2001-2006. Zwischen globalen Machtverschiebungen und dem Kampf gegen den Terrorismus, Hamburg.

Nabers, Dirk (2008): China, Japan and the Quest for Leadership in East Asia [China, Japan und der Wettbewerb um Führung in Ostasien], *GIGA Working Paper*, Nr. 67.

Sakaeda, Ryoma (2007): Soft Power, the 1995 Nye Report, and the U.S.-Japan Alliance, in: *Japan aktuell*, Nr. 5, S. 43-56.



Der *GIGA Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative Commons-Lizenz Attribution No-Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als *GIGA Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Asien* wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Vera Rathje
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

